

Allensteiner Zeitung

Beachten Sie das Preisausschreiben der „A. Z.“ in dieser Nummer!

Er scheint wöchentlich 6 mal mit den Gratis-Wochenbeilagen: „Die Beane im Hain“ und in der „Festschrift“, „Der Schreiber-Gärtner“, „Tränke-Rundschau“, „Grenzboten deutscher Kultur“, „Die Musikwelt“, „A. Z.“ Monat. Bezugspreis: frei Haus 2.10 G. M., bei Abholung 2.— G. M., durch die Post 2.— G. M., zuzügl. Bestellgebühr. Einzel-Nr. 10 G. M., Sonnabends 20 G. M. Im Falle bösser Gewalt, Betrüßung oder Streik haben die Beleger keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Entgelts

Tageszeitung für Mittel- und Südprenen
Veröffentlichungsblatt für amtliche Bekanntgaben
der Staats- und Gemeinde-Verwaltungen
Telegramm-Adresse: Allensteiner Zeitung / Fernsprech-Anschlüsse: 7 und 37

Anzeigenpreise: Die achteckige 3 Millimeter hohe Anzeigenzeile 25 Halbpennig, Kleinzeile 1 Halbpennig. Belegblätter werden nur gegen Bezahlung von 10 Halbpennig je Exemplar zuzüglich Porto geliefert. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmten Ausgaben oder an bestimmter Stelle wird nicht gewährleistet. Zahlungs- und Erfüllungsort: Allenstein. Gerichtsstand für beide Teile: Allenstein. Postkonto: Königsberg Nr. 8193 (W. G. Harig & Co. in Allenstein).

Nummer 274

Freitag, den 21. November 1924

83. Jahrgang

Das „Urteil“ gegen Nathusius.

Neues Schandurteil wahnsinniger Franzosen.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 20. November.

Die Verhandlung gegen den General von Nathusius ging am 7.45 Uhr zu Ende. Das französische Militärgericht hat Nathusius wegen angeblicher Diebstahls von 300 Franken (!!) und eines Taschenserviers (19) im Werte von 300 Franken mit sechs gegen eine Stimme schuldig gesprochen. Unter Verweigerung mildernder Umstände wurde der General zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und Tragung der Kosten verurteilt. Die Revisionsfrist läuft drei Tage. Bei den anderen von dem Gerichtshof gestellten Fragen über Diebstahl von Pelzen, Kleidungsstücken, Teppichen, Seidenwaren wurde die Schuldfrage mit 4 gegen 3 Stimmen verneint. Die Verurteilung erfolgte entsprechend dem Antrag des Anklagevertreters, der die Anklage durch die Aussage eines der Zeugen als erwiesen ansah, während in allen anderen Punkten die Anklage fallen gelassen wurde. Wegen des Urteils hat der General Berufung eingelegt.

Von den Prozessverhandlungen gehen uns noch nachstehende Meldungen zu:

Donnerstag nachmittag, um 1/2 2 Uhr, nach Pariser Zeit, begann in Lille in der altbekannten, außerhalb der Stadt gelegenen Fäbelle, der Prozess gegen General Nathusius. Zahlreiche Vertreter der auswärtigen Presse, darunter sechs Deutsche, waren zur Berichterstattung angekommen. Die Anklage vertrat Kommandant Pivert, der den deutschen Vertreter im Verhandlungsraum eine Bank reservierte. Von der deutschen Presse war Interesse am Prozess. Die Verteidigung hatte Advokat M. L. A. aus Lille. Von der Anklage und aus Zeugen, ebenfalls von der Verteidigung geladen. Kurz vor fünf Uhr waren sämtliche Belastungszeugen gehört. Nach den Aussagen war die Anklage so stark erschüttert, daß nicht mehr viel von ihr übrig blieb. Nathusius ist auf der Anklagebank, unterstützt von einem Dolmetscher. Die Verhandlung leitet der Chef der Gendarmerie Oberst Bertrac. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Nicolai, tritt den Belastungszeugen zum Teil mit großer Schärfe entgegen und weist ihnen Widersprüche in den Aussagen nach. Es kommt zu einigen Zwischenfällen, wobei der Vorsitzende mit anerkennenswerter Unparteilichkeit eingreift und zu beschwichtigen sucht. Den Schwerpunkt der Verhandlung bildet die Aussage der Wirtschaftlerin, die behauptet, daß Nathusius die von der Anklage aufgestellten Objekte, Feldmäntel, Kinderkleider, einen Kinderwagen, ein Taschenservice usw. entwendet hat. Der Angeklagte erklärt heute, von diesen Diebstählen nichts gesehen zu haben. Vor Aufbruch hatte die Verteidigung der Anklage (?) an die Adresse des Generals beobachtet. Er ist aber inzwischen gestorben. Nathusius selber erklärt sich in allen Fällen unschuldig. Das Taschenservice sei von der Deutschen Kommandantur für seine Ausrüstung requiriert worden. Von den anderen Gegenständen wisse er nichts. Ein Teppich sei aus seinem Zimmer in der Villa, die er bewohnte, wegen Unsauberkeit weggebracht worden. Andere Gegenstände habe er nicht wegbringen lassen. Der Verteidiger erklärt nach Anhörung der Belastungszeugen, daß der Vertreter der Anklage die Anklage nicht mehr aufrecht erhalten könne. Nathusius folgte der Verhandlung in stiller Erregung.

Die Pariser Presse zum Urteil gegen Nathusius.

(Eigener Funkdienst.)

Paris, 21. November.

Die Morgenblätter geben eine ausführliche Schilderung von dem Verlauf der gestrigen Verhandlung gegen von Nathusius. Die meisten kommen über eine kleine gehässige Darstellung, bei der Erinnerung an die Kriegszeit eine Rolle spielen, nicht hinaus. „Le Nouvelliste“ ist das einzige Blatt, das dem Fall Nathusius ein tieferes psychologisches Interesse widmet, indem sie schreibt: Der Prozess des Generals Nathusius vor dem Kriegsgericht in Lille lenkt erneut die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die Frage der während des Krieges begangenen „Greuelthaten“. General von Nathusius ist persönlich weder sympathisch noch antipathisch. Er ist nicht mehr oder weniger unterhaft als die anderen „preussischen Ratten“. Sein Prozess gewinnt eine geradezu symbolische Bedeutung. Hat es überhaupt einen Sinn, muß man sich zunächst einmal fragen, daß 6 Jahre nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes der alte Haß wieder entzündet und Feindschaften aufgewühlt werden, die, wie man glauben könnte, gesättigt, wenn nicht erloschen wären. Besonders zu einem Augenblick, wo die politische Tätigkeit in Deutschland einen Höhepunkt erreicht. „Echo de Paris“ schreibt: Ein Jahr Gefängnis, das ist alles, was wir von der Bestrafung der Kriegsschuldigen erleben, was Wilson und Lloyd George, Frankreich, Belgien und der Menschheit feierlich versprochen haben.

Wolfschäfer v. Renteln wird einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen gegen Nathusius der deutschen Regierung telegraphisch übermitteln.

Wieder zwei deutsche Offiziere in contumaciam verurteilt.

Paris, 20. November.

Das Kriegsgericht in Amiens hat, wie Sappas meldet, heute den früheren deutschen Offizier, Otto Hertina, und den

Stabsarzt Proles in contumaciam zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Immer noch Ausgewiesene.

Darmstadt, 20. November.

Wie die „Darmstädter Zeitung“ meldet, werden von den während des Ruhrkampfes ausgewiesenen städtischen Beamten sechs von der Rheinlandkommission noch immer nicht zum Dienst wieder zugelassen und zwar: Oberbürgermeister Adlung-Mainz, Bürgermeister Reiff-Bingen, drei Lehrer und Polizeikommissar Hl. w. u. m. Bei der Rheinlandkommission Mainz handelt es sich um vier höhere Beamte, denen die Ausübung ihres Dienstes bisher verweigert blieb. Wegen der Aufstellung wird von der hessischen und der Reichsregierung mit der Rheinlandkommission weiter verhandelt. Wie sich das gleiche Blatt aus Bingen berichtet, hat außer dem Bürgermeister Reiff, der Polizeikommissar Dufferer und die Polizeiwachmeister Mehrer, Kappeler und Kust ebenfalls noch nicht wieder zugelassen worden. Die Beamten waren von der Besatzungsbehörde nicht ausgewiesen, sondern lediglich während der Separationszeit von den Separatisten verdrängt worden.

Die neuen Sudanwirren.

Der Moranschlag auf den Sirhan des Sudan, den Generalmajor Lee Stad, gibt in einem gefährlichen Augenblick neue Anlässe zu weiteren Verwicklungen in der Sudanfrage. Vor wenigen Tagen erst betrachtete die englische Presse das Wandern des ägyptischen Ministerpräsidenten Zaglul Pascha, der zurücktrat, um dann, unter dem Druck des Volkes, das hinter ihm stand, vom König mit neuen und größeren Vollmachten ausgerüstet, doch in sein Amt zurückzukehren. Das augenblickliche Verhältnis zwischen England und Ägypten befindet sich in einem Zustand latenter Spannung, weil der englische Kabinettswechsel die Frage des Sudan, die endlich am Ausgang dieses Sommers geklärt werden sollte, unerledigt gelassen hat. England, das immer noch die Forderung der vollständigen Unabhängigkeit des Sudan aus dem Verbände Ägyptens und damit auch der gewissen, wenn auch beschränkten Selbstständigkeit herausheben will, weil der Sudan außerordentlich wichtig für den Verkehr zwischen dem britischen Mutterland und seinen afrikanischen und indischen Dominions ist. Die Ägypter, die schon in den ersten Jahren nach dem Kriege erfolgreich ihren Kampf gegen England durchgeführt haben, wollen die Sonderstellung des Sudan nun nicht anerkennen, weil dieses Gebiet auch in der Zeit der türkischen Herrschaft Ägypten zugeordnet wurde. Der ägyptische Ministerpräsident Zaglul Pascha hatte alle Hoffnungen in Verhandlungen mit MacDonald der Streiffrage jede Schärfe zu nehmen. Der Kabinettswechsel in London hat diese Hoffnungen zerstört und nun ist die große Frage, wie sich die konservative Regierung Ägypten gegenüber verhalten wird. Es scheint fast so, als ob das Attentat in Kairo die letzte Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Sudanfrage zerstört hätte. Zunächst hat Zaglul den Engländern gegenüber die Verantwortung zu tragen, trotzdem er offensichtlich den Kreisen der Politik sehr unklugen Wörtern ferngestanden hat. England wird sich aber kaum die Gelegenheit entgehen lassen, das moralische Recht auf seine Seite zu bringen und scharf anzupacken. Als erstes Opfer ihres Eingreifens dürfte Zaglul fallen, der in aus dem englischen Gefängnis heraus ägyptischer Ministerpräsident wurde. Die Gefährdung Zagluls ist umso größer, weil sein kürzlich erfolgtes Spiel mit dem Rücktritt ihm sicher manche gefährlichen Feinde in der Umgebung des Königs zugezogen hat. Weltpolitisch ist in diesen ägyptischen Angelegenheiten besonders die Tatsache bedeutungsvoll, daß hier die erste Gelegenheit gegeben wird, in der sich das neue konservative Kabinett in England politisch zu betätigen haben wird.

Alle englischen Morgenblätter enthalten ausführliche Lebensbeschreibungen des ermordeten Sir Stad. Ueber das Ergebnis der gestrigen Kabinettsitzung, die sich, wie verläutet, mit dem Fall Stad befahte, wurde nichts mitgeteilt. Es verläutet indessen, daß die Haltung der englischen Regierung gegenüber Ägypten Ruhe und Festigkeit zeigen wird, aber sie wird, wie in ähnlichen Fällen betont wird, eine Aktion vermeiden, die als Anfang einer imperialistischen Politik gelten könnte. Man wird sich aber genötigt sehen, der ägyptischen Regierung für alle vergangenen und künftigen Aktionen die Verantwortlichkeit zuzuwenden.

Sir Lee Stad ist gekört noch berichtet worden, jedoch an den Folgen seiner Verletzungen gestorben.

Die Enthüllungen des Botschafters Louis.

(Eigener Funkdienst.)

Paris, 21. November.

Wie der „Matin“ mitteilt, hat der Botschafter Louis vor seinem Tode Judent mit der Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen beauftragt, die zum gegebenen Augenblick erfolgen sollte. Gegenwärtig ist Judent mit der Lesung der Korrekturbogen beschäftigt.

Frau George Louis richtete an die Pariser Presse eine Zuschrift, in der sie ganz entschieden die Behauptung Karl Hartmanns, des Mitarbeiters der „Deutschen Rundschau“, in Abrede stellt, wonach er das Tagebuch ihres Gatten in den Händen gehabt habe. Frau Louis stellt ausdrücklich fest, daß sie das Tagebuch ihres Gatten sehr sorgfältig aufbewahrt und nie aus den Händen gegeben habe (!)

Wahlmüdigkeit.

Von

Axel Jehr. v. Freytag-Loringhoven.

Wahlmüdigkeit — das ist heute in politischen Kreisen so ziemlich das beliebteste Schlagwort. Schon im August, als aus Anlaß des Vorworts des Gespenst der Auflösung sich zu zeigen begann, stellte man in alle Berechnungen über die kommenden Neuwahlen die Wahlmüdigkeit ein. Die oberflächlichen Wahlen mit ihrem Stimmrückgang von rund 20 v. H. trugen zur Verbreitung dieses Wortes noch bei. Und als dann die Auflösung wirklich kam, stand es im Vordergrund jedes politischen Gesprächs.

So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben und so wird es bis zum 7. Dezember bleiben, wenn nicht eine Wendung eintritt, wenn man in nationalen Kreisen nicht begreift, daß man durch dieses Gerücht sich selbst, der eigenen Sache, dem Vaterlande das Grab gräbt. Denn es handelt sich hier nicht um das Feststellen einer objektiven Tatsache, um ein Rechnen mit einer Größe, die nun einmal da ist und mit der man sich abfinden muß. Es handelt sich um einen Ausfluß von jämmerlicher Lauheit und Schwäche. Es handelt sich um eine Autosuggestion.

In der Tat, wenn wir fortfahren, so wie heute, halb bedauern, halb achselzuckend von Wahlmüdigkeit zu reden, so helfen wir selbst die Meinung verbreiten, daß sie etwas unglaublich Berechtigtes und Unvermeidliches ist. Alle Welt ist wahlmüde, und darum fühlen Herr Müller und Frau Schulz sich durchaus auf der Höhe, wenn sie es gleichfalls sind. Sie werden am 7. nicht einmal ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie sich den schönen Sonntag nicht durch den Gang in das Wahllokal verderben wollen, sondern ihn ununterbrochen der Erholung und dem Vergnügen widmen. Sie werden sogar ein Gefühl der Überlegenheit verspüren, wenn sie die Frage eines Bekannten, ob sie gewählt haben, mit einem Nein beantworten und daran eine kleine Betrachtung über die allgemeine Wahlmüdigkeit anknüpfen und darüber, daß — es doch nicht kühn, zu wählen, da bei dem heutigen Parlamentarismus ohnehin nichts herauskomme.

Es lohnt nicht, zu wählen — das ist die große Weisheit von Judent, die alle Wahlsaulen. Und diese Weisheit ist die Entgegnung auf die Frage, als sie mit einem Schimmer besonders nationaler Denkwürdigkeit umkleidet ist. Sie bedeutet Ablehnung der Weimarer Verfassung, Verneinung der Republik, Gegnerschaft gegen Ebert und Seeburg. Und doch ist sie im Grunde der beste Bundesgenosse dieser Verfassung, der Republik und aller Revolutionsgewinnler.

Sicherlich wird Deutschland jetzt so wenig durch Parlamentarismus wieder ausgerichtet werden, wie es einst durch sie eingetrigt wurde. Sicher wird auch jetzt wieder die Tat getan werden müssen, werden Blut und Eisen die Entscheidung bringen. Aber so lange wir noch nicht so weit sind, müssen wir uns der Waffen bedienen, die uns allein oder doch in erster Reihe zur Verfügung stehen, müssen wir wählen und parlamentieren und Kompromissen, wenn wir das Vaterland nicht jenen ausliefern wollen, die es schon an den Rand des Abgrundes gebracht haben und es vollends verderben werden.

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit?

Am 4. Mai hat das deutsche Volk sich ausgerafft, hat ein beträchtlicher Teil des Volkes zum ersten Male seit dem Zusammenbruch sich wieder zum nationalen Gedanken bekannt. Wir sind in den Reichstag in solcher Stärke eingezogen, daß jene nicht mehr über uns hinweggehen konnten, wie sie es bisher, in der Nationalversammlung und im ersten Reichstag, getan hatten. Ihnen blieb nur die Wahl, entweder die Waffen zu strecken und die Macht in unsere Hand zu legen oder den Handstich aufzunehmen und mit uns zu kämpfen.

Herr Müller und Frau Schulz, die heute wahlmüde sind, hätten, wenn sie im roten Lager lägen, sicher jenes getan. Sie hätten kein Begehren, da doch nichts mehr zu ändern sei, da die nationalsozialistische Welle Europa überflute und was solcher schönen Redensarten mehr sind. Und da Psychologie immer zu einem sehr erheblichen Teil auf Selbstbeobachtung ruht, sehen es ihnen so selbstverständlich, daß die Gegner ebenso handeln würden. Die Deutschnationalen hatten 106 Mandate, sind die stärkste Partei. Also wird Herr Ebert ohne Widerrede einen deutschnationalen Kanzler berufen, zum nächsten aber so viele deutschnationale Minister ernennen.

Herr Ebert aber denkt gar nicht daran, selbst den Ast abzuhacken, auf dem er, auf dem alle seine Freunde sitzen. Er ist eben — man mag sonst über ihn urteilen wie man will — kein deutscher Bürger, sondern ein Akerl, ist ein Mann, der weiß, was Macht bedeutet und weiß, daß man auf Macht nicht freiwillig verzichtet. Darum pfeift er auf alle parlamentarischen Grundsätze, darum hintertreibt er die Regierungsbildung im Juni und löst im Oktober, als ein anderer Ausweg nicht bleibt, den Reichstag auf. Er tut das ganz bewusst einzig und allein deshalb, weil nur auf solche Weise der Verlust der Macht zu hindern ist. Und weil er glaubt, daß Herr Müller und Frau Schulz keine Akerle sind, sondern eben deutsche Bürger.

Denn wären Herr Müller und Frau Schulz Akerle, so wäre ihnen das Vorhaben des Herrn Ebert nur eine von vornherein erwartete Selbstverständlichkeit. Sie würden die Auflösung fast lächelnd, sogar mit Humor aufnehmen und nun erst recht deutschnational wählen, würden am 7. Dezember alle ihre Verwandten und Bekannten an die Wahlurne schleppen und so dafür Sorge tragen, daß nicht Herr Ebert seinen Willen durchsetzt, sondern, daß sie es tun.

Aber Herr Ebert glaubt nicht, daß es so kommen wird. Er rechnet damit, daß der deutsche Bürger nun die Arme sinken lassen, daß er über den Parlamentarismus schimpfen und meinen wird, daß es doch nicht lohne, daß er sich selbst und all seinen Freunden und Bekannten einreden wird, er sei wahlmüde und daß er am 7. Dezember ruhig zu Hause bleiben wird.

So und nicht anders liegt es. Herr Ebert und die Seinen wissen, daß es ihnen — zum mindesten politisch — an Kopf und Argen geht. Sie kämpfen, und das ist ihr gutes Recht. Wir aber, die wir uns national nennen, jammern, daß wir nicht mit einem Schlage das zurückgewinnen, was wir im November 1918 preisgaben. Wir kriechen faul und feige und schwachmütig in unsern Knecht und suchen unsere Erbarmlichkeit mit einem Wort zu verdecken, das außerdem an sich ein barer Unsinn ist. Wenn wir wach und rastermüde würden, weil man doch wieder schmutzig wird und der Bart doch wieder wächst, so ließe sich darüber noch reden. Denn dafür muß man täglich so und so viele Minuten opfern. Trotzdem waschen und rasieren wir uns vorläufig noch. Aber weil man uns zum zweitenmal im Jahre dem Vaterland genau ebenso viele Zeit opfern heißt, wie man täglich auf Waschen und Rasieren verwendet, glauben wir von Wahlmüdigkeit reden zu dürfen. Und sind im Grunde noch ein bißchen stolz darauf.

Mit Schimpfen über die heutigen Zustände, mit vornehmer Anwendung vom Parlamentarismus, mit Wahlmüdigkeit, kommen wir nicht weiter, versinken wir immer tiefer ins Elend. Es heißt kämpfen, es heißt Fähigkeit beweisen, heißt durchhalten. Der 4. Mai konnte den Endzweig gar nicht bringen. Er bedeutete ein Vorpostengefecht, das den Feind erst aus der Ruhe aufgeschreckt hat. Die Schlacht wird am 7. Dezember geschlagen. Eberten wir damals 106 Mandate, so müssen es jetzt 126 oder 130 oder noch mehr sein. Dann wird selbst Herr Ebert erkennen müssen, daß der alte Geist im deutschen Volke wirklich erwacht ist, daß es kein schnell verlöschendes Strochfeuer war, das im Frühjahr entzündet wurde, daß damals die große heilige Flamme der Vaterlandsliebe zum ersten Male wieder emporloderte und daß diese Flamme nun unaufhaltsam fortbraust, daß sie alles Unreine, Undeutsche verzehrt, daß sie dem kommenden, großen freien Deutschland den Weg bereitet.

Diese Flamme wollen wir nähren und schüren. Das können wir heute nur, wenn wir auch im Kleinen unsere Pflicht tun.

Darum fort mit den trübsüchtigen Gerede von der Wahlmüdigkeit, die nichts ist als Schwäche und Feigheit und Verrat am Vaterlande.

Wählt Deutschnational!

Die Abrüstungsfrage.

Ein amerikanisches Dementi.

(Eigener Funkdienst.)

London, 21. November.

Nach einer Reutersmeldung aus Washington dementiert das Staatsdepartement in Washington alle in Genf umlaufenden Gerüchte über die Absicht der Vereinigten Staaten, eine Abrüstungskonferenz in Europa abzuhalten. Amerikas Politik in den Abrüstungsfragen sei unverändert. Coolidges Ansicht gehe dahin, daß die Abrüstungsfrage eine europäische Frage sei.

Frankreichs „Abrüstung“.

Paris, 20. November.

Nach einer Havasmeldung werden demnächst sechs neue französische Torpedoboots von je 1400 Tonnen vom Stapel gelassen.

Vergebliche Militärkontrolle in Fuhlsbüttel.

(Eigener Funkdienst.)

Hamburg, 21. November.

Gestern kontrollierten ein englischer und ein belgischer Hauptmann von der internationalen Militärkontrollkommission den Flugplatz Fuhlsbüttel, fanden aber zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

(Eigener Funkdienst.)

Paris, 21. November.

Ein Teil der Pariser Morgenpresse macht über die Unterredung, die Völsch mit Herriot hatte, übereinstimmend optimistische Angaben. Nach dem „Petit Journal“ wurde nach langem Meinungsaustrausch beschlossen, die Frage der 20proz. Abgabe dem Transfertaustausch zu unterbreiten. Bis zur Entscheidung dürften Ausschüßmitglieder von den Besprechungen ausgeschlossen bleiben. Die Besprechungen werden, wie das „Petit Journal“ weiter meldet, heute nachmittags 5 Uhr im Handelsministerium wieder aufgenommen werden. In französischen maßgebenden Kreisen vertritt man die Auffassung, daß eine Verständigung noch vor dem 10. Januar zustande kommen werde. „Matin“ berichtet, daß die französischen Vertreter die Weißbegünstigung für die eisenschmelzende Eisen- und Stahlindustrie nach Deutschland gleich nach Wiederaufnahme der Verhandlungen beanspruchen würden. Ein Meinungsaustrausch hierüber habe bereits stattgefunden, und lasse sich daraus schließen, daß in dieser Frage ein Einvernehmen erzielt werden solle.

Kompromiß in den Wirtschaftsverhandlungen?

(Eigener Funkdienst.)

Paris, 21. November.

Die Blätter bestätigen die Nachricht, wonach Völsch mit Herriot erklärt habe, daß bei den Wirtschaftsverhandlungen die Frage der 20prozentigen Abgabe nicht werde berührt werden. Allerdings, so meldet der „Petit Parisien“, habe der deutsche Völsch erklärt, daß die Berliner Regierung sich das Recht vorbehalte, die Frage der 20prozentigen Abgabe später wieder aufzurollen.

Englands Reparationspolitik.

London, 20. November.

Eine Persönlichkeit, die über die finanziellen Einzelheiten der englischen Reparationspolitik genau informiert ist, erklärte heute, daß sämtliche Berichte der französischen Presse über die Unterredung zwischen Austen Chamberlain und dem französischen Geschäftsträger, in der die deutsch-englischen und französischen Handelsvertragsverhandlungen erörtert wurden, anzuzweifeln und entstellend seien. Chamberlain habe lediglich darauf hingewiesen, daß innerhalb des englischen Kabinetts eine klare Stimmung zugunsten der Beibehaltung der 20prozentigen Reparationsabgabe vorhanden sei. Mein Gewährsmann betont im Gegensatz zu dieser Auffassung, daß nichts der englischen Politik augenblicklich fernere liege, als Frankreich zu veranlassen zu wollen, in der Reparationspolitik sich dem englischen Verhalten anzupassen. Die Aufrechterhaltung der 20prozentigen Reparationsabgabe soll in der

Zum Fall Bartels.

Berlin, 20. November.

In der Angelegenheit der Verhaftung des Regierungsrats Bartels, des bisherigen Leiters der Berliner Fremdenpolizei, ist insofern ein neues Moment zu verzeichnen, als noch ein weiterer Beamter unter dem Verdacht der passiven Bestechung verhaftet worden ist, und zwar der Kriminalbetriebsassistent Rothe. Was die gegen Bartels erhobenen Vorwürfe betrifft, so soll es, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, bisher nicht gelungen sein, dem Regierungsrat nachzuweisen, daß er auf Grund der ihm von Holzmann gewährten Vorteile sich tatsächlich zu einer pflichtwidrigen Handlung habe verleiten lassen. Neben der Untersuchung gegen Bartels laufen die Ermittlungen über die Geschäftsverbindung des Generaldirektors Jwan Boruch Kutischer mit der Preussischen Staatsbank weiter. Nach unseren Informationen ist an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht ein Antrag gerichtet worden, diese Geschäfte nachzuprüfen. Es ist ferner der Antrag gestellt worden, über diese Transaktionen an den Preussischen Finanzminister zu berichten. Es ist zu erwarten, daß die Preussische Staatsbank über die verwickelten Kreditgeschäfte des Generaldirektors Kutischer und die Tatsache, daß er zu einer Zeit Millionenkredite von der Bank erhalten hat, als es anderen Großfirmen nicht möglich war, erhebliche geringere Kredite zu bekommen, eine ausführliche Darstellung der Öffentlichkeit übergeben wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Generaldirektor Kutischer nur durch die Stellung einer Kaution von 7 Millionen Goldmark — die höchste Kaution, die in Deutschland jemals gestellt worden ist — auf freiem Fuß belassen wurde und dies auch nur deshalb, weil die Preussische Staatsbank sofort nach der Verhaftung Kutiskers bei der Staatsanwaltschaft auf seine Freilassung drang, mit der Begründung, daß sie ein Interesse daran habe, Generaldirektor Kutischer auf freiem Fuß zu sehen, weil er nur in diesem Falle seinen großen Verpflichtungen gegenüber der Seehandlung nachzukommen vermöge. Weiter wird darauf hingewiesen, daß trotz verschiedener Befehle im Amtszimmer des mit den Ermittlungen im Fall Holzmann beauftragten Kriminalinspektors Dr. Grünberg im Berliner Polizeipräsidium die Privatsekretärin Kutiskers immer noch die Protokolle für die Vernehmungen aufnimmt.

Die Preussische Staatsbank und der Fall Bartels.

Berlin, 20. November.

Die in der Presse anfänglich des Falles Bartels erschienenen Veröffentlichungen über die Geschäftsverbindung der Preussischen Staatsbank mit dem Generaldirektor Kutischer geben Veranlassung zu folgender Mitteilung, die dem Amtlichen Preussischen Pressedienst von zuständiger Stelle zugeht:

Reparationspolitik keine Einheitsfront der Alliierten herzustellen, sondern sie sei von Gedankengängen diktiert, die man eher als die Einleitung einer „autonomen nationalen Reparationspolitik“ bezeichnen könne.

Mexiko gegen England.

Newyork, 20. November.

Die mexikanische Regierung beantwortete Englands Unterlassung der Anerkennung Mexikos mit der Anweisung, sämtliche mexikanischen Konsulate in den englischen Dominions zu schließen.

Programmrede Kamels im Nationalrat.

Wien, 20. November.

In der heutigen Morgen-Sitzung des Nationalrats entwarf der neue Bundeskanzler Dr. Kamel das Programm der Regierung. Er sagte, daß sie ihre Politik auf der Grundlage des Genfer Protokolls, des Wiederaufbaus und der von der Regierung Seipel mit dem Völkerverbund getroffenen Übereinkommen aufbauen werde. Diese Politik sei heute die einzig mögliche, denn sie habe Österreich-Ungarn vor dem völligen Zusammenbruch seiner Währung und dem Ruin seiner Volkswirtschaft gerettet. Um die Stabilisierung der Währung zu erreichen, sei die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und die größte Sparamkeit notwendig. Die Grenzen der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern seien bereits durch die Verfassung gezogen, doch sei die Annahme der politischen Verwaltung in die Verfassung die notwendige Voraussetzung für die Verwaltungsreform, deren rasche Durchführung auch aus finanziellen Gründen erforderlich sei. Die Beziehungen zum Ausland seien vorzüglich. Die Regierung werde den Ausbau der guten Beziehungen zum Ausland und insbesondere zum Deutschen Reich, auch durch den Abschluß von Handelsverträgen zu heben trachten. Die Regierung sei sich des Ernstes der Lage bewußt, und trete mit festem Mut an die Lösung der ihr gestellten Aufgaben. In der Debatte teilte zunächst der Sozialist Dr. Renner die jetzige Regierung, die nur eine Fortsetzung der früheren sei. Er vermißte jede soziale Bedeutung. Namens der Mehrheitsparteien erklärte der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel, daß die Regierung auf die Unterstützung der Mehrheitsparteien unbedingt rechnen könne und erinnere daran, daß erst seit gestern Thörl von den Italienern geräumt wurde. Namens der Großdeutschen erklärte Abgeordneter Dinghofer: Keine Macht der Erde wird stark genug sein, den natürlichen Lauf der Dinge aufzuhalten und den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Der Renner spricht der Regierung das Vertrauen seiner Partei aus, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Regierungskrise in der Türkei.

Konstantinopel, 20. November.

Die kürzlich in der Nationalversammlung in Angora über die Innenpolitik stattgehabte Erörterung hat zu einer Spaltung der regierenden Mehrheitspartei geführt. Die neue Partei nennt sich „Republikanische Fortschrittspartei“. Ihr Führer wird voraussichtlich Kiam Karabekir Pascha sein. Die Partei stellt als Programm die Unantastbarkeit und Unverletzbarkeit der nationalen Souveränität auf, verlangt die Unantastbarkeit des Gesetzes und Toleranz im weitesten Sinne.

Die Wirren in China.

Die Militärregierung in Han'ow.

Paris, 20. November.

Der Vertreter der Reutersagentur in Han'ow hatte eine Unterredung mit Wu-Pei-Fu, in der der chinesische General erklärte, daß an der Spitze der Militärregierung bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse Wu-Pei-Fu treten würde. Der Sitz der Regierung werde später nach Peking verlegt werden.

Nach einer Meldung aus Han'ow haben unter Leitung des Generals Wu-Pei-Fu die Militärführer von zehn Provinzen eine von Peking unabhängige Militärregierung gebildet. Wu-Pei-Fu will den Kommando auf Peking antreten, um die Generale Feng und Tchangkolin zu vertreiben. Hauptstadt ist Dschang.

Eine Geschäftsverbindung der Preussischen Staatsbank mit dem Bankhaus E. von Stein hat bestanden, dagegen bestand eine solche mit dem Generaldirektor Kutischer nicht. Das Bankhaus E. von Stein hat wie viele andere Berliner Banken, bei der Preussischen Staatsbank einen Lombardkredit in Anspruch genommen, der Anfangs dieses Jahres einen größeren Umfang erreicht hatte, wobei zu bemerken ist, daß die in der Presse genannte Zahl von 20 Millionen Mark weit übertrieben ist. Das Hanauer Lager ist als Zusatzbedingung zu den lombardierten Wertpapieren heringenommen worden, dabei wurde ein Wert von 42 Millionen Mark zu Grunde gelegt. Kein Mitglied der Generaldirektion, auch kein Beamter der Preussischen Staatsbank hat einen Aufsichtsratsposten in einer der Kutiskerschen Unternehmungen innegehabt. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für den in der Presse namentlich bekannten Geheimen Finanzrat Maden.

Die Abwicklung des Kredits des Bankhauses E. von Stein wird seit geraumer Zeit, und zwar schon seit Monaten, betrieben. Eine Geschäftsverbindung der Preussischen Staatsbank mit Michael Holzmann hat niemals bestanden. Wie die Angelegenheit Holzmann-Bartels mit der Kreditgewährung an die Stein-Bank in Verbindung gebracht werden kann, ist nicht erkennbar.

Zu den Verfehlungen in der Berliner Fremdenpolizei, in die auch Beamte des Polizeipräsidiums verwickelt sind, wird an zuständiger Stelle erklärt, daß in der Untersuchungsphase gegen Holzmann Zeugen vernommen wurden, die eine Verbindung Holzmanns mit dem Leiter der Fremdenpolizei Bartels behaupteten. Die Erklärungen Bartels, der darauf vernommen wurde, erschienen jedoch dem Polizeipräsidium nicht klar genug, so daß der Polizeipräsident Richter seine sofortige Amtsenthebung veranlaßte. Das Disziplinarverfahren gegen ihn kann erst abgeschlossen werden, sobald die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beendet sind. Zum Fall des Kriminaloberinspektors Dr. Grünberg wird erklärt, daß dieser ohne Genehmigung seines Vorgesetzten sich von Kutiskers habe Auslagen für eine Recherche vergütet lassen, er habe ferner ohne Vorwissen seines Vorgesetzten ein Auto Kutiskers beansprucht, dessen Sekretärin zur Mitarbeit herangezogen und dem Kriminalassistenten Rothe mit Kutiskers in Verbindung treten lassen. Wegen dieser Verfehlungen wird gegen Kriminaloberinspektor Dr. Grünberg ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Gegen den Kriminalassistenten Rothe ist sofort die Dienstentlassung veranlaßt worden. Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen Regierungsrat Bartels ist vom Fremdenamt der Kriminalbetriebsassistent Rothe verhaftet und gegen Kriminaloberinspektor Grünberg das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Der Eindruck des Liller Urteils in Berlin.

(Eigener Funkdienst.)

Berlin, 21. November.

Das Urteil des Liller Kriegesgerichts hat auch in den Kreisen der Reichsregierung außerordentliches Erstaunen und Bestreben hervorgerufen. Bisher ist an amtlicher Stelle nur ein kurzer telephonischer Bericht der Pariser Botschaft eingegangen. Man ist jetzt damit beschäftigt, die gesamte Rechtslage eingehend zu prüfen. Nach der Revision des Generals v. Nathusius ist die Entscheidung an den Kassationshof in Paris, der den höchsten französischen Gerichtshof darstellt, überwiesen. Er dürfte auch hier zu prüfen haben, ob nicht in der Vollstreckung der Verurteilung ein Formfehler vorliegt, der den Kassationshof veranlassen könnte, das Liller Urteil als ungültig zu erklären. In diesem Falle sei in dem neu einzulegenden Verfahren es dann möglich, das Entlastungsmaterial vorzubringen, das wegen der Kürze der Zeit in der letzten Verhandlung nicht herbeigeschafft werden konnte.

Letzte Sunenachrichten

Zu Ehren des aus Amerika zurückgekehrten Führers des 3. R. 126, Dr. Edener, veranstaltet der Reichspräsident am Mittwoch, den 26. November ein Frühstück.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit: Nach Rückgabe der Regiebahnen hat auch die Reichsbahndirektion Essen seit dem 20. November ihren Sitz wieder nach Essen-Ruhr verlegt.

General Frederico Berenguer wurde zum Nachfolger des auf dem spanischen Rückzug in Marokko tödlich verwundeten Generals Serrano ernannt.

„Newyork Herald“ meldet, daß die Untersuchung der Interalliierten Militärkommission in Deutschland nahezu beendet sei. Entgegen gewissen sensationellen ausländischen Meldungen hat der Korrespondent des „Newyork Herald“ von autorisierter Quelle erfahren, daß die Kontrolle mit Ausnahme des durch einen Fanatiker hervorgerufenen Zwischenfalles von Ingolstadt ganz und gar befriedigend verlaufen sei und die demnächstige Abreise der Kommission rechtzeitig, die ihre Vollmachten vorher noch auf den Völkerverbund übertragen müsse.

„Daily Mail“ berichtet aus Athen, daß ein Versuch zu einem revolutionären Handstreich, der um Mitternacht verübt wurde, durch das rasche Eingreifen der Regierung vereitelt wurde. Die Lage ist ruhig.

Die Pariser Morgenblätter bringen in großer Aufmachung eine Meldung, wonach in Rußland eine Revolution gegen die Sowjetregierung ausgebrochen sei. Nach „Ere Nouvelle“ haben die Matrosen in Kronstadt gemeutert und Trotski gefangen genommen. Eine Bestätigung dieser Gerüchte bleibt abzuwarten.

Aus Kalkutta wird berichtet, daß im Golf von Bengalen am Sonntag ein Wirbelsturm in einer Ausdehnung von 200 Meilen sämtliche Telegraphenverbindungen zerstörte und auch jede lokale Verbindung durch den Sturm unterbrochen wurde.

Senatspräsident Sahm berichtete gestern im Hauptausschuß des Volkstages über die letzten Entscheidungen des Kommissars des Völkerverbundes. Die letzten Streitfälle zwischen Danzig und Polen ergaben sich daraus, daß Polen sich an die mit Danzig geschlossenen Verträge nicht hält. Der Senat hat deshalb gegen die Entscheidungen des Kommissars in der Frage der Delegierten zum Stockholmer Wirtschaftskongress, der Danziger Konsulats-Attache bei den polnischen Gesandtschaften und Konsulaten, und der Polizei des Hafenausschusses, sowie in der Frage der Ausfuhrumschälle beim Völkerverbund Einspruch erhoben.

Die von der englischen Regierung zur Untersuchung der Nahrungsmittelpreise eingesetzte Kommission hat einen vorläufigen Bericht über die Preise, Brot- und Milchpreise herausgegeben, der anzeigt, daß auch in England die Zwischenhandelsgewinne außerordentlich hoch sind.

Der Betrieb ist auf allen Strecken der Berliner Hochbahn wieder aufgenommen.

К

Familiennachrichten.

Geboren: Sohn: Müllerbühner, Buchhof. — Jerrath, Meubert. — W. Soene, Berlin. — Tochter: Kleiber, Georgenhof.
Verlobt: Otto Rühl, Kasse. mit Elie Weid, Grünfelde. — Heinrich Riediger, mit Rosenart, mit Johanna Martens, Reichshaus. — Paul Schmitt, Wittenberg, mit Gertrud Reimann, Gr. Kuden.
Gestorben: Georg Groß, Braunsberg. — Andr. Woywod, Rejitten. — Wili. Hilt, Tüft. — Emil Schlicht, Christburg. — Rentier August Hohmann, Heileberg. — Frau Anna Klein, Bismarck. — Frau Johanna Kaiser, Weidau. — Frau Bertha Wichter, Rappendorf. — Frau Emma Meyer, Weidau. — Wwe. Wilhelmine Grubert, Rappendorf.

Statt Karten.

Ihre Vermählung geben bekannt

**Kurt Wüst
und Frau Margarete**
geb. Stoll.

Allenstein, den 17. November 1924.

Für die Beweise
herzlicher Teilnahme
beim Hinscheiden
unserer lieben Ent-
schlafenen sagen wir
allen Freunden und
Bekannten, insbes.
Herrn Rab. Dr. Apt,
Allenstein, für seine
tröstlichen Worte
am Grabe, herzlichen
Dank.
Im Namen der
Hinterbliebenen
Seeburg, i. Nov. 24.
Siegfr. Richterstein.

Am Freitag, den 6. De-
zember 1924, vormittags
11 Uhr, findet die Ver-
dingung sämtlicher Le-

bensmittel — außer
Kleischwaren — für das
Standortlazarett für die
Zeit vom 1. Januar bis
31. März 1925 statt. Die
Bedingungen liegen im
Geschäftszimmer 19 aus
und können dort in der
Zeit von 8 Uhr vor-
mittags bis 1 Uhr nach-
mittags eingesehen wer-
den. Den Bedingungen
entsprechende, auf feste
Preise lautende Ange-
bote sind bis zum Ver-
dingungstermin dem
Standortlazarett einzu-
reichen. Angebotsformu-
lare für die einzelnen
Lebensmittel im Geschäfts-
zimmer in Empfang ge-
nommen werden.
Standortlazarett
Allenstein.

Öffentliche Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. B unter Nr. 81
tragen wir heute die Holzverwertungsgesell-
schaft ostpreussischer Waldbesitzer G. m. b. H. in
Allenstein ein. Zweck des Unternehmens ist die
bestmögliche Verwertung des Holzbestandes der
der Gesellschaft angeschlossenen ostpreussischen Waldbesitzer, die Anlage und der Betrieb holzindu-
strieller Unternehmungen, sowie der Handel mit
Holz- und Forstprodukten für eigene und fremde
Rechnung. Das Stammkapital beträgt 10.000
Goldmark. Gesellschafter sind: Graf Konrad Fink
von Finkenstern aus Schöneberg Ostpr., Aktien-
gesellschaft Fischer und Chrenbach in Breslau und
Holzgroßhändler Alois Landerer in Breslau. Zum
Geschäftsführer ist Fritz Tschentscher, Allenstein be-
stellt. Falls ein Geschäftsführer bestellt ist, ist
dieser allein vertretungsberechtigt. Falls mehrere
Geschäftsführer bestellt sind, sind zwei Geschäfts-
führer oder ein Geschäftsführer und ein von der
Gesellschaft bestellter Prokurist vertretungsberech-
tigt. Öffentliche Bekanntmachungen finden nur
im Reichsanzeiger statt.
Allenstein, den 13. November 1924.

Das Amtsgericht.

Parzellierungsanzeige.

Montag, den 24. November 1924,
vormittags 10 Uhr

werde ich, an Ort und Stelle die Befugnis des
Besizers Herrn Wilhelm Demkowski, Manchen-
guth, Kreis Osterode Ostpr., in Größe von 110
Morgen mit Wiesen im ganzen oder parzellen-
weise verlaufen. Restanspruch sehr gut im Dorf
gelegenen mit guten Gebäuden kann in jeder Größe
abgegeben werden. Anzahlung bitte mitbringen.

Der Bevollmächtigte

E. Strunk,
Hohenstein Ostpr., Bahnhofstraße.



Max Krause
Geschäftspapiere
Briefumschläge

in grosser
Auswahl

vorrätig bei

W.E. HARTIG NACHF. GMBH
ZEPPELINSTRASSE 16
1 Klebereiber
für Rohwerkbetrieb ver-
leiht für 3 Mark p. Tag
L. Kunath, Allenstein.

Glühende Hürden
verschwinden sofort durch
Crinex-Pulver.
Wohlführendes, mildes
Enthaarungsmittel.
Kathaus-Drogerie
Fr. Krenz.

**Kaufe laufend
Wild
u. Geflügel.**
Ernst Steinau,
Kaiserstraße 16,
Telephon 302.

Die Maschinen- Kriderei

der Frau Biernatowski,
Königsstraße 84,
wird weitergeführt und
werden Aufträge erbeten.

Vermög. jung. Kauf-
mann sucht ein

Restaurant.

Kolonialwarengesch. od.
Gasthaus zu pachten od.
zu kaufen. Einbeirat in
gleich. Geschäft angenehm.
Offerten unt. D 1118
an die Allenst. Zeitung.

Großkampftag.
28 tote Ratten fand
Mühlenbesitzer Spiegel in
Thalmeisinger Mühle beim
einmaligen Auslegen v.
Rabog in der Tübe in
Verbindung mit Rabo
Rattenfuchsen. Zu haben
bei Reih. Hesse, Central-
Drogerie, Markt 31.

2 Bettgestelle,
fast neu, zu verkaufen
Königsstr. 84, Hof rechts.

Suche für meinen Sohn,
Oberleutnant, vom 1.
Dezember bis 31. März
Kost.
Allein oder auch mit
anderen Schülern ange-
nehm. Angeb. u. D 1206
an die Allenst. Zeitg. erb.

**EHRIN
DERO
GERBURN
NADZIG
BURGOLDEN**

Die beiden ersten
Worte ergeben bei
richtiger Umstellung
zwei bekannte Flüsse,
die drei folgenden
Worte drei bekannte
Städte. Die Anfangs-
buchstaben von oben nach unten gelesen
müssen das Wort „RONDO“ ergeben.

10000 Preise

gelangen an die Löser dieses Rätsels
zur Verteilung.

Für jede richtige Lösung
ist ein Preis bestimmt.

Einsendung der Lösung muß sofort in
verschlossenem, frankiertem Briefum-
schlag erfolgen.

Nachricht über die Preisverteilung erhalten
Sie sofort nach Eingang Ihrer Lösung.

Für die gewünschte Antwort bitten wir
der Lösung die Unkosten für Druck-
sachen, Schreiblohn, Porto usw. beizufügen.

RONDO-Versandgesellschaft m. b. H.
Münster i. W. 150.

Mütterabend in der Luifenschule

Montag, den 24. November, 5 Uhr nachm.

Vortrag

einer prakt. Ärztin und Aussprache über die Be-
handlung jugend-pädagogischer Fragen in d. Schule.
Die Mütter aller Schülerinnen der Anstalt
werden dazu eingeladen.

J. v. v. Lukowitz.

Zur Deckung der Unkosten Eintritt 30 Pfg.

Des Totensonntags wegen wird das

Wintervergnügen

am Sonntag, den 29. d. Mts. verlegt.

Der Stahlhelm

Ortsgruppe Hermsdorf-Schönfelde.

Einladung

zur diesjährigen 2. ordentlichen

Generalversammlung

am Montag, dem 1. Dezember 1924,

abends 7 1/2 Uhr im Hotel Kronprinz.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Der Revisionsbericht des Verbandsrevisors;
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern;
4. Wahl der Kommission für die Einschätzung der Aufsichtsratsmitglieder;
5. Zulassung des Erwerbs von mehreren Geschäftsanteilen und dementsprechende Ergänzung des § 8 der Satzung;
6. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats: Aufhebung des Generalversammlungsbeschlusses vom 23. 4. 24 zu Punkt 4 der damaligen Tagesordnung und Festsetzung einer anderweitigen Entschädigung der Mitglieder wegen der durch die Inflation entwerteten Geschäftsguthaben;
7. Stiftung zu wohltätigen Zwecken aus Anlaß des 60jährigen Bestehens der Vereinsbank;
8. Geschäftliches.

Der Aufsichtsrat

der Allensteiner Vereinsbank,
Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht,
Justizrat Neumann, Vorsitzender.

Habe meine Praxis nach

Zeppelin-Str. 15 (Eckhof-
Café)

verlegt.

Dr. Beckmann,

Zahn-Ärzt.

Sprechstunden: 9-1 u. 3-5 Uhr.

Central-Drogerie

Reinhold Hesse

Allenstein Markt 31
bleibt am Sonntag, nachmittags von
1 Uhr ab, trauerfeierhalber
geschlossen.

Hotel Hirschberg

Sonntag u. Sonntag
Zweites grosses

Wurstessen

Paul Binnebesel,

Malermaler.

Bahnhofstr. 18 Allenstein Telefon Nr. 438

Alle Art Malerarbeiten
Decorative Malereien u. Raumklimungen
Schilder- und Kellereiausführungen

Deutsche Volkspartei.

Freitag, den 21. November 1924, abends 8 Uhr
im Saale des Deutschen Hauses

Öffentliche Versammlung

Referent: Reichsminister a. D. Dr. Scholz-Berlin.

Deutsche Demokratische Partei.

Sonntag, den 22. November, 8 Uhr abends,

Hotel „Deutsches Haus“

Rektor Beutler-Juditten

2. Kandidat auf der Landtagsliste

„Warum müssen wir demokratisch wählen!“

Eintritt frei!

Geheizter Saal!

Freie Aussprache!

Metropol-Theater

Ab heute bis einschließlich Montag!

Ein Höhepunkt an Spannung und Sensation
ist der gewaltige Monumental-Sensationsfilm

Das Piratenschiff

6 Akte.

5 Akte.

In der Hauptrolle Rudolf Valentino,
der berühmteste Darsteller Spaniens.

Dieses interessante Filmmittel zeichnet sich besonders durch
bunte, starke Handlung voll Tempo und innerer Lebendig-
keit und atemberaubender Sensationen aus.

Außerdem:

Ceci und die Gleichgesinnten

Großer Lustspiel-Erfolg in 2 Akten.

Anfang 4 1/2 Uhr. Totensonntag 6 Uhr. Kassendöffn. 5 Uhr.

Luise-Theater

Ab heute bis einschließlich Montag:

Buddenbrooks

Ein gewaltiges Spiel, ein Meisterwerk feinsten literarischen
Empfindens und tiefster Erfassung vom Wesen des Licht-
spiels. Dazu eine Darstellung! Höchste Kultur, nirgendwo
Effektlosigkeit, Starmenieren, immer bewußt im Dienste
des großen Wertes. Am einprägnantesten Alfred Abel,
Mädi Christian, Ralph Arthur Roberts, Karl
Platen, Kurt Vespermann.

Ein großer deutscher Film — und kein Ausland wird ihn
uns nachmachen können.

Beginn täglich 7 1/2 Uhr — letzte Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Zum Vaterland

Inh. Robert Elies.

Das neue

November-Programm

Anfang jeden Abend 9 Uhr

Casmen Delinda

Sängerin

Erna Rekuesch

Tänzerin

Walter Alexander

Stimmungshumorist

Rekuesch-Delinda in ihren eigenartigen Tanzvorführungen

Ein blütenreines Antlitz

partie, fammetweiche Haut sind der Besitz einer jeden Frau.
Die Haut-Gesund. Manbelle für ihre Hautpflege benutzt.
Die wohlumw. Produkte der Haut-Gesund. Manbelle
belebt und erfrischt die Haut, alle Hautunreinheiten werden be-
seitigt und die Haut bleibt glatt und jugendlich bis ins hohe
Alter. Kostenfreie Beratung u. Kosmetisches Hauttesten
gegen Rückporto. Exterikultur, Osterodt-Rohberg.



Für Handschlachtungen!

empfehle ich

Därme und Gewürze

zu billigsten Preisen

Hermann Kasper,

Därme und Gewürze-Großhandlung,

Allenstein, Hindenburgstraße 24.

Achtung!

Ein brauner Jagdhund,
langhaarig, ist am 17. d.
Mts. ausgefallen. Eigen-
tümer kann denselben ge-
gen Zinrat und Futter-
kosten vom Gemeindevor-
steher Faltin, Kobulten
abholen.

Zigarren, Zigaretten, Tabake,

erstklassige Fabrikate
empfehlen

W. Gabelmann Nachf.,
Deutsches Haus.

Für den Weihnachtstisch!

Kunstgewerbl. Hand-
arbeiten insbesond. Jan.
Batt, Bäckereibünde,
Bast- und Wollarbeiten
nach ein. Entwurf. werd.
ausgeführt. Zu erfr. bei
Janke, Hindenburgstr. 1, 11.

Geschäftsbh. 29 J. alt,
in lebh. Kreisl. i. ev. Geg.,
wünscht Heirat mit geb.,
kath. Herrn. Aut.
ernte Bildsch. u. D 1172
an d. Allenst. Zeitg. erb.

Ziehung 5. und 6. Dez.

Kölner Dombau-

Geld-Lotterie

4553 Gewinne
in bar ohne Abzug = M.

100 000

60 000

50 000

10 000

5000

2000

1000

500

200

100

50

20

10

5

2

1

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0